



KOSTENLOS

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 210

Wilhelmshaven

August 2005

Ohne Sinn und Verstand

“Wie nach einem Bombenangriff” sieht es am Geniusstrand aus, nachdem die Stadt Wilhelmshaven dort aufgeräumt hat.



Fonds

Nur im übertragenen Sinne geht es auf Seite 3 um Heuschrecken und Höllenhunde. Es geht um die Zukunft der Wohnungsbaugesellschaft Jade, die jetzt wohl endgültig in den Fängen des Höllenhundes Cerberus angekommen ist.

Die NPD plant für den 3. September eine Demonstration in Oldenburg. Für uns Wilhelmshavener sollte klar sein: Wir sind dabei, wenn es gegen den braunen Aufmarsch geht! Näheres auf Seite 4.

Was ist los bei Sykes? Fest steht wohl, dass ca. 250 Leute ihren Arbeitsplatz verlieren werden, weil der Vertrag mit Hewlett Packard nicht verlängert wird. Um die Auseinandersetzungen hinter den Kulissen geht es auf Seite 5.

Renate Bieritz-Harder ist Juristin und lehrt Sozialrecht an der Fachhochschule Oldenburg/ Ostfriesland/ Wilhelmshaven. - Wer sie auf der Veranstaltung der Arbeitslosenhilfe erlebte, wird sicher mit uns einig sein: eine tolle Veranstaltung - Seite 6.

Kann das Alg II gestrichen werden, wenn der Partner nur teilzeitbeschäftigt ist? Auf Seite 7 gibt es eine Antwort.

Der Rat der Stadt macht zwar gerade seine Sommerpause - unsere Ratssplitter finden sie auf Seite 8.

Die Gas- und E-Werke haben die Gaspreise kräftig erhöht. Doch jetzt gibt es Zunder! Eine Bürgerinitiative fordert zum Zahlungsboykott auf. Wir unterstützen die Aktion auf Seite 9.

Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsschwund, Überalterung, Privatinsolvenzen, Scheidungen, Singles, Jugendkriminalität und dicke Kinder: Wenn Wilhelmshaven mal irgendwo zu den "Spitzenreitern" zählt, ist das in der Regel kein Grund zum Jubeln. Eine löbliche Ausnahme: In Sachen Brustkrebsvorsorge hat unsere Stadt die Nase vorn. Wir berichten auf Seite 10.

Wir haben in letzter Zeit über die zunehmende Zahl von Privatinsolvenzen in Wilhelmshaven berichtet. Was es für Folgen haben kann, eine Insolvenz anzumelden, um die finanzielle Situation wieder in den Griff zu bekommen, davon berichtet unser Beitrag auf Seite 11.

Das Wochenende an der Jade ist schon lange vorbei - trotzdem machen wir auf Seite 12 eine Rückschau auf das erste Juli-Wochenende.

meldungen

Entwarnung für Kicker

Bestürzt waren kleine und größere Hobbyfußballer aus dem Wiesenhof, nachdem die Tore vom dortigen Bolzplatz entfernt worden waren. Hatten sich etwa, wie andernorts in der Stadt schon vorgekommen, Anwohner über die Lärmbelästigung beschwert? Sollte also die Nutzung des Platzes unterbunden werden? Nichts dergleichen: Die Stadt teilte uns auf Anfrage mit, dass die alten Tore abgängig waren und zudem nicht den DIN-Vorschriften entsprechen und deshalb gegen neue ausgetauscht werden sollten. Zudem waren Reparaturen am Zaun erforderlich. Also, Kicker, aufatmen und wieder ran an den Ball! (iz)

Sommer, Sonne, Urlaub und so...

... auch bei der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland. Aber nur, was die Monatsversammlung angeht – eine solche wird es im August nicht geben. Die nächste Monatsversammlung der ALI wird am 13. September wie immer von 10 bis 12 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfinden.

Was weiter läuft, ist die Beratung. Hier noch einmal die Termine:

Für Wilhelmshaven jeden Montag und Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr und jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 16.00 bis 18.00 Uhr im Gewerkschaftshaus in der Weserstraße 51; für Sande jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr im Jugendzentrum an der Hauptstraße; für Varel jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr im DGB-Büro in der Hansastrasse 9a. Die Beratung für Jever kann momentan nur telefonisch stattfinden. Das Jugendhaus in Jever ist wegen Umzuges derzeit geschlossen. Ratsuchende aus Jever können an "ihren" Tagen – jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat - unter der Wilhelmshavener Rufnummer 180130 ihre Anliegen vortragen. Voraussichtlich ab September wird die ALI wieder in Jever präsent sein, dann im neu errichteten Jugendhaus.

Durchgehend fleißig wollen auch die Leute vom FA-Team sein. Als ein zusätzliches Forum der ALI hat sich das "Fördern und Aktivieren"-Team letzten Sommer gegründet und seither jeden zweiten Donnerstag getagt. Die weiteren Termine für den Rest des Jahres sind: 18.08., 01.09., 15.09., 29.09., 13.10., 27.10., 10.11., 24.11., 08.12., 22.12. (noa)

Zum Titelbild

Unglaublich ist, wie die Stadt Wilhelmshaven mit ihren Bürgern umgeht. Letztes und krönendes Beispiel ist die Zerstörung der Versorgungsgebäude am Geniusstrand und auf dem Campingplatz. Doch der Wettergott stand voll auf Seiten der Stadt: das bis weit in den August hinein anhaltend schlechte Wetter verhinderte, dass sich die Wut gegen die Willkürmaßnahmen der Stadt ein Ventil suchte. (hk)

Besorgt

sind die Ärzte und Ärztinnen auch in Wilhelmshaven: Müssen sie demnächst Zigtausende von Euro an die Krankenkassen zahlen, weil sie vor vier Jahren "zu viele" Medikamente verschrieben haben? Der Artikel "Ärzte sehen 978 Praxen bedroht" auf der Niedersachsen-Seite der "WZ" vom 22. Juli veranlasste uns, einen Wilhelmshavener Arzt zu befragen, über den wir in der Ausgabe 158 im Mai 2000 schrieben: "Der Wilhelmshavener Internist, der für das 2. Quartal 1999 einen potentiellen Regress von 125.519,48 DM in Aussicht gestellt bekommen hat, kann noch hoffen, dass viele andere InternistInnen weniger als 53,67 DM pro 'Fall' (...) verordnet haben." Nun, er und alle anderen praktizierenden MedizinerInnen hofften damals nicht vergebens. Allerdings kamen sie nicht deswegen davon, weil das Gesamtbudget nicht überschritten worden wäre, sondern weil die damalige Gesundheitsministerin ihnen eine "Amnestie" gewährte.

Und offenbar folgte der Amnestie eine Amnesie. Für das Jahr 2000 gab es keine Mahnschreiben, keine Regressankündigungen, nichts. Niemand dachte mehr daran. Und dann gab es zwischenzeitlich ja andere Attacken auf das Gesundheitswesen: Weitere Streichung vieler Medikamente von den Lis-ten, Erhöhung der Zuzahlung zu Medikamenten, Praxisgebühr usw. Und es gibt eine neue Gesundheitsministerin.

Durch den o.a. Artikel wurde der Gedächtnisverlust jäh beendet. Jetzt, im Sommer 2005, werden Ärzte und Ärztinnen auf einmal damit konfrontiert, dass sie im Jahr 2001 nicht genug mit Medikamenten geizt haben. Allerdings müssen die meisten von ihnen im Moment noch schmoren. Noch nicht alle haben eine entsprechende Mitteilung bekommen.

"Unser" Arzt weiß von drei Kollegen, die schon wissen, dass sie zwischen 10.000 und 60.000 Euro an die Krankenkassen abführen sollen wegen Überschreitung des Arzneimittelbudgets. Er selber hat noch keine Forderung bekommen, aber: "Natürlich bin ich besorgt." Jetzt in den Sommerferien kann man nicht damit rechnen, die Kollegen und Kolleginnen an einen Tisch zu bekommen, doch nach der Urlaubszeit werden sie sich darüber verständigen, wie sie sich diesmal gegen die Regressforderungen zur Wehr setzen. Der Gegenwind bleibt am Ball und wird weiter berichten. (noa)

TRIANGEL
second-hand-shop

An- und Verkauf von
Schallplatten und CD's
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
u.v.m.
Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 4 21 84

WASG
Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421- 46 68 36
www.w-asg.de

Hüh und hott

Im Juli, so berichteten überregionale Medien, klappte wegen eines Computerproblems so einiges bei der Auszahlung von Arbeitslosengeld II nicht. Im Wesentlichen habe es Einmalzahlungen betroffen, in einigen Fällen haben Berechtigte aber auch die Regelleistung nicht angewiesen bekommen, hieß es in den betreffenden Meldungen.

Dergleichen ist im August schon wieder passiert.

Die unseren LeserInnen schon bekannte Frau Lüschen, die ja ihr Konto nicht überziehen darf (sh. "Fix wie nix!", GW 206), wollte am 1. August ihr Geld abheben. Aber: Ihr Alg II war nicht da. Sie ging zum Job-Center. Dort muss man sich neuerdings immer erst mal anmelden und sagen, was man will; man kann nicht direkt zum jeweiligen Sachbearbeiter gehen. Die junge Frau am Empfang konnte oder wollte Frau Lüschen weder zur Leistungsabteilung gehen lassen noch bei dieser telefonisch erfragen, woher Frau Lüschen nun ihr Geld bekommen kann. Sie müsse jedenfalls erst mal einen aktuellen Kontoauszug vorlegen, sagte sie ihr stattdessen.

Frau Lüschen trabte brav zur Post und ließ sich einen Kontoauszug geben und abstempeeln. Zurück beim Job-Center, durfte sie zur Leistungsabteilung. Dort schaute die Mitarbeiterin in den Computer, stellte fest, dass das Alg II tatsächlich nicht überwiesen worden war und gab ihr eine Kontokarte, mit der sie ihr Geld direkt beim Job-Center aus dem Automaten holen konnte. Und sie fragte, warum Frau Lüschen einen Kontoauszug mitgebracht habe, das hätte die Kollegin am Empfang doch auch im Computer nachsehen können! (noa)

Gegenwind

Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpfer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak,
Ame Schulz, Thomas Sobel, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.600 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr.: 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 10.08.2005

Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die
durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe
beitragen haben.

Höllenhunde und Heuschrecken

Vom leichtfertigen Umgang mit Wohnraum

(hk) Die Warnungen vor dem Verkauf der Wohnungsbaugesellschaft Jade im Jahre 2000 an die Deutsche Bank waren noch nicht verhallt, da verkaufte eben diese Deutsche Bank die Wohnungsbaugesellschaft an die, nicht von ungefähr nach dem Höllenhund der griechischen Mythologie benannte Fondsmanagementgruppe Cerberus.)*

Der Schock über diesen Verkauf saß den Beschäftigten, den Mietern und vielen am Wohl ihrer Heimatstadt interessierten BürgerInnen noch in den Knochen, als es plötzlich hieß, dass Peter Cordes nicht mehr alleiniger Geschäftsführer der Jade sei, dass ihm zwei weitere Geschäftsführer zur Seite gestellt wurden. Dabei handelt es sich pikarerweise um Bernhard Richter, den die Jade-Beschäftigten schon aus der Zeit kennen, als die Jade der Deutschen Bank gehörte, und um Joachim Tigges.



Was bedeutet es, dass jetzt 3 Geschäftsführer an der Spitze der Jade stehen? Da sind natürlich einmal die gestiegenen Personalkosten – aber die Schaffung einer Zuverdienstmöglichkeit für die Herren Richter und Tigges wird sicher nicht der Grund dafür sein. Da werden schon die Interessen des Höllenhundes an einer möglichst schnellen, möglichst hohen Rendite ausschlaggebend gewesen sein.

Kein Problem

Die Stadt Wilhelmshaven fühlt sich den 18.000 Mietern der Jade verpflichtet und sieht in der Bestellung der zwei zusätzlichen Geschäftsführer kein wirkliches Problem. Oberbürgermeister Menzel kündigte laut Wilhelmshavener Zeitung vom 22. Juli an, dass "die Stadt jetzt die mit der Cerberus-Gruppe bestehenden Verträge überprüfen werde".

Erster Stadtrat Jens Stoffers meint, dass die Stadtverwaltung nicht so 'zahnlos' sei, wie zunächst befürchtet. Er baut auf die Einbindung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Siegfried Neumann in den Beirat, denn hier müssten alle 'wesentlichen Schritte', so der Erste Stadtrat zur Wilhelmshavener Zeitung, einstimmig beschlossen werden; und der Schutz der Mieter vor Mieterhöhungen sei noch bis 2007 festgelegt, was allerdings nicht viel bedeutet, denn wir haben immerhin das Jahr 2005 schon zu mehr als der-

* **Zerberus** - der griechische Höllenhund, Pförtner der Unterwelt, sein Biss verursachte den sofortigen Tod. Man glaubt, dass die Sage von Zerberus auf die Ägypter zurück geht, die ihre Gräber durch Doggen bewachen ließen. Da seine Mähne aus Schlangen bestand, galt er als die Bestie mit 100 Köpfen (dieser Schlangen). Hesiod gab ihm 50 Hundeköpfe, aber man einigte sich schließlich auf nur drei.

Hälfte hinter uns gebracht!

Am 26. Juli meldete sich dann Walter Heide auf Radio Jade zu Wort: *Die Wohnungsbaugesellschaft ist im Weltmarkt angekommen. Der Cerberus-Investment-Fond hat die Gesellschaft gekauft. Rat und Verwaltung der Stadt ist es gelungen, soziale Standards in den Vertrag zu schreiben. Das ist aller Ehren wert. Doch was keinen gesetzlichen Schutz hat, ist das Papier nicht wert, auf das es geschrieben ist.*

Ein halbes Jahr war relative Ruhe bei der Jade, nur die Beschäftigten klagten über ein raueres Betriebsklima. Jetzt hat Cerberus zwei weitere Geschäftsführer bestellt. Die Stadt pocht darauf, dass sie befürchtete Veränderungen bei der Wohnungsbaugesellschaft durch das Veto des einzigen städtischen Vertreters im Beirat blocken kann. Doch was passiert, wenn diese Veränderungen wirtschaftlich begründet werden? Das werden die beiden neuen Geschäftsführer schon exzellent hinkommen. Was passiert, wenn Cerberus die Stadt bei Ablehnung von Veränderungen auf Regress verklagt? Für einen Klageerfolg garantieren bei dem weltweit tätigen Unternehmen ganze Anwaltseschwader. Was passiert? Das Veto im Beirat wird sich verflüchtigen wie der Morgennebel in der prallen Sommersonne!

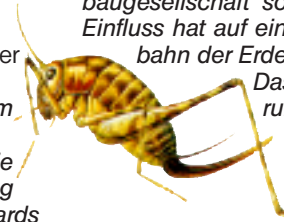
Zur Erinnerung: Dieser Investment-Fond hat 14 Mrd US-Dollar in seiner Kriegskasse und kauft sich weltweit in Unternehmen ein. Mehr als 40 sind es bisher. Chemie- und Gesundheitsfirmen in den Vereinigten Staaten und Ostasien; Städtereklame, die Plasmasparte von Bayer, Beate Uhse in Deutschland, um nur einige zu nennen.

Alle Unternehmen müssen schnell maximalen Profit bringen. Wirtschaftsfachleute bezeichnen solche Investment-Fonds gern als Totengräber- oder Geier-Fonds. Das Geschäft: Notleidenden Unternehmen die Schulden abkaufen, die Mehrheit übernehmen, das Unternehmen zerschlagen und mit Gewinn weiterverkaufen.

Die Wohnungswirtschaft ist kein eigentliches Geschäftsfeld von Cerberus. Aber bei mehr als 100.000 bisher gekauften Wohnungen gibt es ganz hervorragende Perspektiven. Umbauen, Renovieren, Abreißen erzielt, auch wenn dies nur in der Planung ist, erhebliche Steuervorteile und vergoldet die Bilanzen. Die Cerberus-Gruppe will, dem Vernehmen nach, die Verwaltung ihrer norddeutschen Wohnungsbestände nach Wilhelmshaven verlegen. Wilhelmshavener Ratsmitglieder haben gejubelt, dass damit eine Weltfirma nach Wilhelmshaven kommt. War das ahnungslos? War das dumm? Eine Wohnungswirtschaft in Wilhelmshaven hat soviel Einfluss beim Cerberus-Investment-Fond in New York, wie Opel Bochum oder Rüsselsheim bei General Motors in Detroit.

Das haben wir doch inzwischen alle gelernt. Mr. Bloomberg, der Bürgermeister von New York, entscheidet als Mitglied des Aufsichtsrates von Cerberus auch über die Wohnungsbaugesellschaft Jade in Wilhelmshaven.

Eberhard Menzel, der Oberbürgermeister von Wilhelmshaven, hat auf die Wohnungsbaugesellschaft so wenig Einfluss, wie er Einfluss hat auf eine Änderung der Umlaufbahn der Erde um die Sonne.



Das nennt man Globalisierung!

Eine gute Woche später erschien ein Leserbrief von Herrn Wilfried Dubrau in der Wilhelmshavener Zeitung, aus dem wir auszugsweise zitieren:

Die derzeitige Unruhe unter den Mitarbeitern des Wohnungsbauunternehmens ist verständlich. Die Unruhe der ca. 18.000 Menschen, die Mieter der Wohnungsbaugesellschaft 'Jade' sind, liegt in der Luft. Offenbar wird man die Geister, die man rief, nicht mehr los.

Auf der Einkaufsliste ausländischer Hedgefonds standen und stehen Wohnungsbaupakete ganz oben. Allein die Transaktionen in 2004 umfassen Milliarden Euro. Mahnende Stimmen, die fürchten, dass es den neuen Eigentümern nur um das schnelle Geld geht, haben kaum Gehör gefunden. Schließlich ist es in Wilhelmshaven nicht anders gelaufen. Der Verkauf des kommunalen Wohnungsunternehmens aus rein fiskalischen Gründen, etwa zur Haushaltssanierung, stand im Vordergrund. Zwar kann man Hedgefonds nicht dafür tadeln, dass sie den Liquiditätsengpass der öffentlichen Haushalte für ihre Zwecke nutzen. Gleichwohl ist der Kommune vorzuhalten, ob sie sich durch den Verkauf ihrer sozialen Fürsorge und der Grundversorgung benachteiligter Bevölkerungsgruppen mit bezahlbarem Wohnraum fahrlässig entzieht. Letztlich wird das Thema Wohnraumversorgung in Zukunft angesichts der zu erwartenden Altersarmut wieder an Bedeutung gewinnen.

Wie will der ursprüngliche Eigentümer eigentlich verhindern, dass die Mieter in letzter Konsequenz der Maximierung der betriebswirtschaftlichen Rendite geopfert werden. Offenbar geben die Verträge nicht einmal her, von vorneherein über die Veränderung der Geschäftsführung informiert zu werden geschweige denn, die Erweiterung der Geschäftsführung bzw. die Ernennung eines neueren Geschäftsführers als zustimmungspflichtig zu definieren.

Da fragt sich der unvoreingenommene Betrachter, was denn nun 'wesentliche Schritte' in der Politik eines Wohnungsbauunternehmens sind. Wenig tröstlich dürfte für die Mieter auch sein, dass sich ihr Schutz vor Mieterhöhungen bis auf das Jahr 2007 erstreckt. Man muss den Leuten ja schließlich nicht kündigen, sondern braucht die Mieten

Weiter nächste Seite

Fortsetzung "Höllenhunde und Heuschrecken"

nur in einem Ausmaße anzuheben, dass sie für die Mieter nicht mehr finanzierbar sind. Ob ein Geschäftsführer, der die seinerzeitigen Privatisierungen von öffentlichen Unternehmen und den Weiterverkauf an Hedgefonds 'durchgezogen' hat, wirklich Respekt und Anerkennung verdient, sei auch dahingestellt. (Die Wilhelmshavener Zeitung brachte am 21. Juli 2005 einen entsprechenden Jubelartikel über Peter Cordes, den Geschäftsführer der Jade, Anm. der Red.) *Letztlich sind große Zweifel erlaubt, ob die Mieter nicht am Ende der diversen Bindungsverträge zum 'Freiwillig' werden, ob der Verkauf des 'Tafelsilbers' der Stadt zum Mittel der Haushaltssanierung weitsichtig war und ob nicht der Rentabilitätsgesichtspunkt alle anderen Gesichtspunkte wie den Versorgungsauftrag, breite Schichten der Bevölkerung mit preiswerten Wohnraum zu versorgen, schlagen wird.*

Was bedeutet das nun alles?

Es war leichtfertig, ein so tief ins soziale Gefüge einer Stadt greifendes Unternehmen wie die Jade in private Hände zu legen. Der Zwang und der Wille zur kommunalen Entschuldung darf nicht dazu führen, dass man einen Großteil der Möglichkeiten zur sozialen Steuerung des kommunalen Gemeinwesens aus der Hand gibt.

Denn die Jade ist ja nicht nur einfach eine Wohnungsbaugesellschaft – sie steckt mit im Stadtbau West, ist Treuhänderin und Sanierungsträger der Stadt Wilhelmshaven und somit Träger des Förderprogramms 'Soziale Stadt' für die westliche Südstadt. Organisationen wie RAN, WiWA oder auch die SOS-Jugendberatung und viele andere Gruppen und Institutionen Wilhelmshavens sind mit in das so lange funktionierende System der WoBau Jade eingebunden, ein System welches mehr als Bauen und Vermieten von Wohnungen beinhaltete.

Es ist nicht verwunderlich, dass die Cerberus-Gruppe immer wieder im Zusammenhang mit Münzferings "Kapitalismuskritik" genannt wurde. Da ging es um Gesellschaften, die wie Heuschrecken über das Land herfallen, es abgrasen, um dann vollgefressen das nächste Objekt in Angriff zu nehmen. Ein solches Verhalten ist nun mal diesen Hedgefonds, denen nun auch die Wilhelmshavener Wohnungsbaugesellschaft Jade gehört, eigen. Und außer unserem Oberbürgermeister wissen das auch alle. □

KULTUR · KOMMUNIKATION

HOTEL KLING KLING

WHV Zentrum
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
Partys - Konzerte**

KLING KLING-eMail-News
Kurze eMail an KLINGKLINGINFO@AOL.COM

meldungen

Die Linkspartei

schickt auch für unseren Wahlkreis einen Direktkandidaten ins Rennen. Er heißt Dirk Metzner und ist 48 Jahre alt, verheiratet, Vater von drei Kindern, gelernter Banker. Und ist aktuell wie so viele betroffen von Hartz IV. Einstimmig wurde das WASG-Mitglied am 2. August zum Direktkandidaten gewählt. Wir werden ihn im nächsten Gegenwind vorstellen. (noa)

**Faschismus ist keine Meinung
Faschismus ist ein Verbrechen!**

Die NPD will am 3. September in Oldenburg demonstrieren.

Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn die NPD ihre menschenverachtenden Parolen verbreitet!

Die Stadt Oldenburg hat in einer einstimmig verabschiedeten Resolution beschlossen:

"Alle Fraktionen im Rat wollen zum Ausdruck bringen, dass die Teilnehmer eines solchen Aufmarsches in Oldenburg unerwünscht sind. Gerade in Oldenburg, wo 1932 die erste nationalsozialistische Regierung an die Macht kam, gibt es heute eine besondere Sensibilität gegen braunes Gedankengut und nationalistische Hetze. Organisatoren und Teilnehmer der geplanten Kundgebung sollen deshalb wissen, dass alle Demokraten in Oldenburg gegen sie stehen."

Am 3. September finden ab 10.00 Uhr am Hauptbahnhof (Bahnhofsvorplatz und ZOB) und am Pferdemarkt Kundgebungen statt.

WilhelmshavenerInnen, die teilnehmen wollen, sollen sich mit dem DGB Wilhelmshaven in Verbindung setzen. (hk)

**LANDESBÜHNE
NIEDERSACHSEN NORD GMBH**

Kulturkarussell 2005
Großes Fest im und rings um das
Stadttheater / Virchowstr.
Samstag, 27.8., ab 14 Uhr
Spielzeitrevue 2005 / 2006
Samstag, 27.8., 20 Uhr – Eintritt frei!

Weltrekord durch Zwangsemährung

Es hätte nie geklappt mit dem neuen Weltrekord im Labskausessen, wenn die Krankenhäuser und damit auch die Altenheime sich nicht verpflichtet hätten, ihre Patienten bzw. Bewohner mit dem Kartoffel-Fleischgemenge zwangszuernähren. Ob es wirklich zu den drastischen Szenen gekommen ist (Labskausversorgung intravenöse, orale und anale Zuführung), von denen uns berichtet wurde, wollte niemand bestätigen. Zumindest hat dieser neuerliche Weltrekord einen bitteren Nebengeschmack und der dürfte den Guinness-Trinkern der Jury nicht verborgen bleiben. Denn ohne die Krankenhäuser und Altenheime wären es 347 Portionen weniger gewesen und der Weltrekord wäre verfehlt worden.

Unser OB Menzel hatte wohl gehofft, die Jury durch die Vertilgung erheblicher Mengen des schwarzen irischen Bieres, in dessen Namen der Weltrekord aufgestellt werden sollte, gnädig zu stimmen. Aber musste das unbedingt vor der Veranstaltung sein? Nur so sind jedenfalls seine Ausführungen zur Eröffnung des großen Fressens verständlich. Zitat aus der Wilhelmshavener Zeitung: *Und der gut aufgelegte Oberbürgermeister Menzel reimte sich auf der Rambla bei der Eröffnung in wahre Potenz-Höhen: "Bei der Marine geht die Saga, Labskaus ist besser als Viagra."* Seine weiteren Ausfälle an diesem Morgen sollte man doch lieber mit dem Mantel des Schweigens bedecken. Er ist schon so peinlich genug!

3 Portionen sind Pflicht

Diese Parole machte ja bekanntlich schon vor dem Startschuss ihre Runde. Um diese Vorgabe zu realisieren, legten die Labskausbäcker sich mächtig ins Zeug. Und es gelang ihnen, die Portionen so klein zu machen (5-6 Löffel pro Portion), dass jeder mindestens 3 Portionen benötigte, um einigermaßen gesättigt das kulturelle Großereignis zu verlassen. (hk)

**WählerInnengemeinschaft
für Wilhelmshaven**

Treffen der WALLI:
Jeden 1. u. 3. Donnerstag im
Monat um 20.00 Uhr
in der Gaststätte
"Kreuzelwerk"
Freiligrathstr. 432

WALLI
Wilhelmshavener Alternative Liste
Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de

Drohgebärden

... oder auch: Der Betriebsrat ist an allem schuld

(noa) Am 21. Juli schockte die "WZ" auf Seite 1 mit der Überschrift "250 Arbeitsplätze gehen bei Sykes verloren". Im Artikel kommt es dann noch schlimmer: "Betriebsrat und Geschäftsführung von Sykes Enterprises in Roffhausen ringen um die Abwicklung von 300 Arbeitsplätzen", heißt es da.

Tatsächlich geht es um 242 Kündigungen in diesem Jahr. Schon seit längerer Zeit ist bekannt, dass Hewlett Packard seinen Auftrag zum Ende des Jahres 2005 gekündigt hat, um die Kundenbetreuung nach Polen, wo Call Center Agents noch billiger als in Deutschland sind, zu verlegen. Im HP-Projekt arbeiten 240 Leute. Ebenfalls wird das Siemens-Projekt mit 60 Arbeitsplätzen in diesem Jahr auslaufen. Aus dem HP-Projekt stehen 185 Personen auf Sölters Kündigungsliste, aus dem Siemens-Projekt 57. Außer diesen beiden Projekten erledigt Sykes Enterprises aber noch weitere Aufträge. Und wenn nun 242 Stellen entfallen, ist noch nicht gesagt, welche 242 Beschäftigten gehen müssen. Eine Sozialauswahl muss sich auf alle MitarbeiterInnen eines Betriebes erstrecken; man kann nicht einfach sagen: Nur HP-Leute und Siemens-Leute gehen, weil diese beiden Projekte nicht weitergeführt werden.

So würde es der Geschäftsführer Kurt Sölter gerne machen. Und offensichtlich würde er am liebsten den Betriebsrat dabei übergehen.

Über seine Gründe lässt sich nur spekulieren. Laut Betriebsrat müssten auf einer gesetzmäßigen Kündigungsliste auch Namen von Leuten stehen, die der Geschäftsführung besonders nahe stehen. Unser Versuch, von Herrn Sölter selber zu erfahren, warum er keine Sozialauswahl aus allen Beschäftigten vornehmen möchte, scheiterte: "Mit Ihnen rede ich nicht – ich weiß, wie Sie über Sykes und über Wilhelmshaven schreiben!", ließ er die Gegenwind-Redakteurin abblitzen.

Langjährige Gegenwind-LeserInnen wissen, dass Sykes sich mit dem Betriebsverfassungsgesetz schon immer sehr schwer tut. Vor vier Jahren berichteten wir ausführlich über die gewerkschaftlichen Bemühungen um die Installation eines Betriebsrates. Damals versuchte die Geschäftsführung mit allerlei Tricks, die Wahl eines Betriebsrates zu verhindern. Der beste dieser Tricks bestand darin, zu behaupten, dass das Sykes-eigene System der Mitarbeitervertretung (Teamsprecher) viel, viel besser sei. Gut war der Trick insofern, als auch viele Beschäftigte das glaubten. Damals war die Gefahr einer Spaltung der Belegschaft über die sowieso schon vorhandenen Spaltungslinien hinaus sehr groß.

Den externen GewerkschaftsvertreterInnen, die im Sommer vor vier Jahren vor den Toren des TCN standen, fiel auf, dass zahlreiche Sykes-Beschäftigte sich gar nicht so richtig als "Sykes-Beschäftigte" sahen, sondern sich eher über das Projekt, in dem sie arbeiteten, identifizierten. "Ich arbeite bei HP" (oder Motorola, oder was es sonst noch für Projekte gab), hörten sie zu ihrer großen Verwirrung von denen, die sich überhaupt ansprechen ließen und auch antworteten – was auch nicht alle taten.

Und über diese Spaltung nach Projekten hinaus drohte nun auch noch die Spaltung nach Befürwortern des "alten" (amerikani-

schen) Systems mit Teamsprechern, die zwar jederzeit ansprechbar waren, aber keinerlei Rechte besaßen, auf der einen Seite, und auf der anderen Seite denjenigen, die einen richtigen Betriebsrat auf dem Boden des Betriebsverfassungsgesetzes wollten. Nach zahlreichen Hindernissen und einer schweren Auseinandersetzung konnte im November 2001 dann endlich die Wahl vonstatten gehen, und der Wahltag endete mit einem großen ausgelassenen Freudenfest.

Dieser erste, damals gewählte Betriebsrat steht nun mitten in seiner wohl schwersten Aufgabe: 242 Leute auszuwählen, die entlassen werden sollen, Leute, für die man sich vier Jahre lang eingesetzt hat, das ist nicht schön.

Kurt Sölter hatte nun offensichtlich die Idee, sich gelegentlich dieser schwierigen Situation gleich noch eines weiteren Problems zu entledigen: Im September möchte er die Projekte, die auch nach 2005 bestehen bleiben, aus der Firma Sykes hinaus in die Firma Sykes überleiten. Denn neben der auf dem alten Olympia-Gelände ansässigen Firma gibt es in Roffhausen, allerdings nicht auf dem TCN-Gelände, sondern diesem benachbart in einem neuen Gebäude, einen weiteren Betrieb desselben Konzerns, die Firma, wie wir im Gegenwind der besseren Unterscheidbarkeit wegen immer als "Sykes Telekom" bezeichnet haben, obwohl da außer der Telefonauskunft auch weitere Aufträge abgewickelt wurden und werden. Derzeit ist Kurt Sölter auch dort Geschäftsführer. (Früher war er nur dort in dieser Position; dann übernahm er die Geschäftsführung von Sykes I mit; zwischenzeitlich gab es bei Sykes II einen anderen Geschäftsführer; nach dessen Weggang übernahm Sölter diese Position wieder – viel Hin und Her also auch auf der Führungsebene.) Wenn jemand es schwierig zu verstehen findet, dass es zwei Unternehmen mit dem gleichen Namen gibt, die auch denselben Geschäftsführer haben, trotzdem aber zwei Betriebe sind und zwei verschiedene Betriebsräte haben, dann befindet derjenige sich in guter Gesellschaft. Kurt Sölter selber scheint es auch nicht so richtig zu verstehen. Denn so einfach geht es ja nicht, eine Abteilung eines Betriebes so einfach geschlossen einem anderen Betrieb zu übergeben.

Sölters Idee dabei scheint zu sein: Das HP-Projekt und das Siemens-Projekt laufen dann in den alten Räumen aus, und wenn sie zu Ende sind, gibt es auch den Betrieb nicht mehr. Und der lästige Betriebsrat verschwindet mitsamt dem Betrieb.

"Kommt das 'Aus' für Sykes I?", titelt die "WZ" am 23.07. auf Seite 1, und auf der Friesland-Seite 11 derselben Ausgabe: "Macht Sykes I in Roffhausen dicht?" Und in diesem Artikel lässt Sölter dann die Katze aus dem Sack: Falls es zu einer Einigung zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung bei der Kündigungsliste käme, könnte eine 'Teilbetriebsübergabe' noch verhindert werden",

heißt es da. Im Klartext: Besteht der Betriebsrat auf einer korrekten Sozialauswahl, wird der Betrieb geschlossen, und der Betriebsrat hat Schuld – und ist außerdem auch weg. Lässt er sich auf eine gesetzwidrige Kündigung nach Projekten ein, bleibt der Betrieb bestehen.

"Der Betriebsrat hat vergangene Woche die Verhandlungen mit der Geschäftsleitung für gescheitert erklärt und hat das Einigungsstellenverfahren eingeleitet", so schreibt die "WZ" am 23.07. weiter. Sein Vorschlag für die Besetzung der Einigungsstelle wurde vom Geschäftsführer rundweg abgelehnt. Statt je 5 VertreterInnen beider Seiten will Sölter nur je 3, und den vorgeschlagenen Vorsitzenden lehnt er ab, weil er "parteilich" sei, und beantragt einen anderen.

Die diesbezügliche Verhandlung vor dem Arbeitsgericht Wilhelmshaven am 2. August lieferte nach Auffassung des Betriebsrates eine Bestätigung des Satzes "Recht haben und Recht bekommen, das ist zweierlei". In der Frage des Vorsitzenden der Einigungsstelle blieben beide Seiten bei ihren Anträgen, so dass Richter Henner Trenne ankündigte, diese Frage zu entscheiden. In der Frage der Anzahl der Beisitzer fanden sich die ArbeitnehmervertreterInnen zu einem vom Richter vorgeschlagenen Kompromiss bereit, nämlich 4 Beisitzer (das arithmetische Mittel aus 5 und 3) zu berufen. Sölter bezeichnete seine beantragten 3 schon als Kompromiss, da seiner Meinung nach 2 genügt. Erstaunlicherweise folgte Richter Trenne dieser Redefinition und benannte, nachdem er sich mit sich selbst beraten hatte, den von der Geschäftsführung gewünschten Richter als Vorsitzenden der Einigungsstelle und legte die Zahl der Beisitzer auf je 4 Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter fest, kam also der Geschäftsführung weiter entgegen als dem Betriebsrat.

Ob der Betriebsrat gegen diese Entscheidung Rechtsmittel einlegen wird, bleibt abzuwarten. Wenn ja, dann dürfte es interessant sein, wie ein weiterer Arbeitsrichter sich dazu verhält, dass einer seiner Kollegen "parteilich" sein soll. Trenne hat sich in der Begründung seiner Entscheidung dazu nicht geäußert, sondern erklärt, den einen (vom Betriebsrat gewünschten, von der Geschäftsführung als "parteilich" bezeichneten) kenne er nicht, den anderen wohl (!).

Ein ganz anderes Verfahren wird es geben, wenn Geschäftsführer Sölter seinen Plan mit der "Teilbetriebsübergabe" durchzuführen versucht. Wir werden weiter berichten. □



Klartext

Eine tolle Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative

(noa) Renate Bieritz-Harder ist Juristin und lehrt Sozialrecht an der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven. Ihr Thema in der Juli-Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland waren laut Ankündigung die "1 Euro-Jobs", doch sie nennt sie nicht so, sondern "Arbeitsgelegenheiten", wie es auch im Gesetz (Hartz IV) steht.

Wortklauberei? Frühere Referenten haben diese Wortwahl damit begründet, dass man bei einer solchen Tätigkeit nicht etwa für einen Euro pro Stunde arbeite, sondern, das Alg II und die Kosten der Unterkunft einschließlich Heizkosten anteilig eingerechnet, auf einen stattlichen Stundenlohn komme. Wirtschaftsminister Clement hat sich gar einmal dahin verstiegen zu behaupten, dass ein Mensch mit einer solchen Arbeitsgelegenheit einen höheren Stundensatz als er selber bekäme.

Frau Bieritz-Harder hat einen ganz anderen Grund, den Begriff "1 Euro-Job" zu vermeiden. Er suggeriert nämlich, dass es sich um einen **Job** handle, und genau das ist es eben nicht.

Zwangsarbeit ist das noch nicht

"Wir können uns auf eine tolle Veranstaltung freuen, denn die Emdener Professorin redet Klartext und niemandem nach dem Mund", so wurde ALI-Vorsitzender Günther Kraemmer in der Veranstaltungsankündigung zitiert. Das stimmt! Nicht einmal ihren Gastgebern redete sie am 12. Juli im Gewerkschaftshaus nach dem Mund. Günther Kraemmer bezeichnet die Arbeitsgelegenheiten oder 1 Euro-Jobs gerne immer mal wieder als Zwangsarbeit, und da sagt Bieritz-Harder klar: Das trifft nicht zu. Zwangsarbeit gab es in der deutschen Geschichte, und sie fand in Arbeitshäusern statt. Und Arbeitshäuser haben wir noch nicht wieder. (Die gesetzliche Möglichkeit dafür bestand übrigens bis in die 70-er Jahre hinein!)

Sie stellte in ihrem Vortrag die "Arbeitsgelegenheiten" in ihren historischen Kontext.

Früher mal (und so lange ist das noch gar nicht her) bedeutete die Förderung von Arbeitslosen "Anknüpfung an die Eignung und die Fähigkeiten der zu fördernden Person und die Ausschöpfung ihres Potenzials." Heute endet die Förderung, wenn die betreffende Person nicht mehr bedürftig im Sinne des Sozialgesetzbuches II ist; auf die persönliche Entwicklung wird kein Wert mehr gelegt. Vorgesehen ist, dass jemand in Arbeit kommt, wobei es egal ist, welche Arbeit; ist absehbar, dass jemand innerhalb von 6 Monaten keine Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt bekommen wird, kann es Fördermaßnahmen geben. Ein Anspruch darauf besteht nicht;

die Gewährung von Fördermaßnahmen liegt im Ermessen des Fallmanagers.

Ob schwarz, ob rot

In den letzten Jahren hat sich vieles geändert. Z.B. die Definition dessen, was "zumutbare Arbeit" ist. Gab es bis 1997 fünf Qualifikationsstufen und konnte eine arbeitslose Person nach je 4 bis 6 Monaten um eine Stufe absinken, so stellte das noch einen gewissen Berufsschutz dar. Auch einen Entgeltsschutz gab es: Nach 4 bis 6 Monaten Arbeitslosigkeit konnte man auf ein Entgelt in Höhe von 80 % des vorigen absinken, bestimmt aber nicht tiefer fallen.

1997 wurde der Berufsschutz abgeschafft, und der Entgeltsschutz wurde schlechter: Nach ein bis zwei Monaten Arbeitslosigkeit musste man nun schon eine Minderung des vorigen Einkommens um bis zu 20 %, nach 4 bis 6 Monaten um bis zu 30 % gegenüber dem vorigen Einkommen hinnehmen.

Mit Hartz I wurde die Einschränkung der Freizügigkeit gesetzlich verankert. Wenn ein Arbeitsloser nach einem bis drei Monaten keine Arbeit im Pendelbereich fand, wurde ein Umzug ab dem 4. Monat der Arbeitslosigkeit zumutbar.

Und Hartz IV schließlich nahm den Betroffenen die letzten Rechte. Jetzt gibt es keinen Entgeltsschutz mehr, und auch Höchstpendelzeiten (bis 1997 noch 2 bis 2 1/2 Stunden täglich) wurden gestrichen.

Die Verschlechterung der Rechte Erwerbsloser, so stellt Frau Bieritz-Harder fest, stellt eine kontinuierliche Entwicklung dar und ist unabhängig von der jeweiligen Regierung. Es macht keinen Unterschied, welche Parteien regieren, die Entrechtung schreitet voran. Heutzutage ist fast nichts mehr unzumutbar.

Arbeitsgelegenheiten

Arbeitsgelegenheiten, das ist juristisch ganz eindeutig definiert, sind keine Arbeitsverhältnisse und keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Tätigkeiten, die hier verrichtet werden, müssen im "öffentlichen Interesse" liegen, und sie müssen zusätzlich sein. Seit 1928 gibt es im deutschen Sozialrecht den Begriff der "Arbeitsgelegenheiten", und sie haben einen pädagogischen Zweck: Der

betreffende Mensch soll an das Arbeiten gewöhnt werden bzw. die Entwöhnung von der Arbeit soll vermieden werden. Hieran gemessen ist es ganz deutlich, dass derzeit sehr oft den falschen Adressaten eine solche Tätigkeit gegeben wird. Wer bis vor kurzer Zeit regelmäßig gearbeitet hat, muss bestimmt nicht erst ans Arbeiten gewöhnt werden. Und: Eine notwendige Arbeit kann nicht zusätzlich sein. Man denke etwa daran, dass ein Pflegedienst eine Arbeitsgelegenheit schafft, bei der Verbandmaterial ausgepackt und verstaut werden soll, oder dass ein Wohnheim jemanden beschäftigt, der die Tische zu den Mahlzeiten deckt – diese Arbeiten müssen auf jeden Fall verrichtet werden und können nicht als "1 Euro-Jobs" laufen. Ebenso fallen laut Frau Bieritz-Harder Arbeiten in Grünanlagen aus der Definition der Arbeitsgelegenheiten.

Missbrauch

"Es passiert sehr viel Missbrauch", sagt Frau Bieritz-Harder, und Rechtsanwalt Alfred Kroll, der gekommen war, um nebenbei kurz zu berichten, wie das Sozialgericht Oldenburg über die Praxis der Wilhelmshavener ARGE urteilt, konnte ein besonders eklatantes Beispiel von Missbrauch aus der näheren Umgebung beisteuern: Die Gemeinde Wiesmoor ließ einen Alg II-Empfänger für einen Euro pro Stunde Rohre verlegen, Plätze pflastern, eine Drainage legen – und das 38,5 Stunden in der Woche!



"Mehr als 20 Stunden pro Woche ist bei einer Arbeitsgelegenheit juristisch bedenklich", findet Frau Bieritz-Harder und kommt noch einmal auf den pädagogischen Zweck zurück. Angesichts vieler Menschen, die freiwillig ihre Arbeitszeit reduzieren und nur 20 Stunden in der Woche arbeiten, kann niemand behaupten, mehr als 20 Stunden seien nötig, um die Gewöhnung an das Arbeiten zu gewährleisten. Man müsste ja sonst alle Teilzeitbeschäftigten zusätzlich in Arbeitsgelegenheiten an die Arbeit heranzuführen. Eine vollschichtige Arbeit als **Arbeitsgelegenheit** ist (schon seit 1928!) unzumutbar, einmal, weil der pädagogische Zweck diese nicht rechtfertigt, dann aber auch, weil der betreffende Mensch ja gleichzeitig Arbeit suchen soll.

Kein-Euro-Job

Schaut man einmal genau ins Gesetz, so wird klar, dass eine Arbeitsgelegenheit auf keinen Fall ein 1 Euro-Job ist: Was ein Alg II-EmpfängerIn da bekommt, ist eine Mehraufwandsentschädigung. Wer arbeitet, hat höhere Lebenshaltungskosten: Da gibt es Fahrtkosten, evtl. Essen außer Haus, bei körperlich schwerer, Schweiß treibender Arbeit muss man häufiger als sonst duschen, bei schmutziger Arbeit muss man die Kleidung häufiger waschen usw. usf. Diesen Mehraufwand soll die arbeitslose Person nicht selber tragen – kann sie auch nicht, denn das Alg II deckt ja nur das Existenzminimum. Wer von der Mehraufwandsentschädigung etwas übrig behält, sein Alg II damit also tatsächlich aufbessert, hat Zuverdienst, von dem er nur 15 % behalten darf. Die ARGE, die einem arbeitslosen Menschen eine Arbeitsgelegen-

Jonathan  Naturkost

Verrückt!

Wir haben ein wenig die Möbel gerückt und plötzlich ist alles viel größer und schöner - finden wir. Und Sie?

Marktstr. 94, 04421/13438 Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9.00 - 18.30 Uhr, Sa. 10.00 - 14.00 Uhr

heit vermittelt, bei der er ein Plus macht, handelt rechtswidrig. Der betreffende Arbeitslose auch.

Alles freiwillig?

Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II dürfen (sollen? müssen? können?) jedes halbe Jahr mit dem Job-Center eine Eingliederungsvereinbarung schließen. Darin stehen Art und Umfang der Förderleistungen des Job-Centers, Art und Umfang der Bemühungen der/des Arbeitslosen, Angaben über die Nachweispflichten für diese Bemühungen und etwas zur Schadenersatzpflicht bei Abbruch einer Bildungsmaßnahme. Die Pflicht zum Abschluss einer Eingliederungsvereinbarung besteht für Arbeitslose nicht. Jedenfalls nicht ausdrücklich. Nur: Wenn jemand es nicht tut, wird das Alg II für 3 Monate um 30 % gekürzt. Und: Wenn man die Eingliederungsvereinbarung nicht freiwillig unterschreibt, erfolgt ein Verwaltungsakt desselben Inhalts. Die Sonderregelung für junge Alg II-EmpfängerInnen von 15 bis 25 Jahren sieht als Sanktion für mangelnde Kooperation den völligen Wegfall der Regelleistung vor. Wie leicht sagt ein junger Mensch spontan erst mal "Mach ich nicht", wenn er statt der begehrten Ausbildungsstelle das Angebot auf Papier-Auf sammeln in der Marktstraße bekommt? Wenn er dann neben der Miete, die das Job-Center direkt dem Vermieter überweist, kein Geld, sondern bestenfalls Warengutscheine für Lebensmittel bekommt, lernt er fürs Leben!

Diskussion

Was ist mit den Leuten, die unbedingt arbeiten wollen und deshalb dringend eine Arbeitsgelegenheit wünschen? Eigentlich, so Frau Bieritz-Harder, dürften solche Leute gar keine zugewiesen bekommen, denn sie sind nicht die Adressaten, für die sie gedacht sind. (Diejenigen, die sie brauchten, werden sie eher nicht wollen.) Doch solange die Tageszeitungen jede dieser Maßnahmen begeistert feiern und als "Job", "Stelle", "Arbeit" o.ä. bezeichnen, die den Arbeitslosen eine Chance auf Rückkehr auf den 1. Arbeitsmarkt eröffnet, muss man davon ausgehen, dass der Missbrauch weitergeht. Besser wäre es, alle würden diese Arbeitsgelegenheiten ablehnen. Ansonsten findet eine Spaltung statt.

"Betriebs- und Personalräte – sagt nein!", forderte ein Teilnehmer. Doch dass Betriebs- und Personalräte sich gegen die Einrichtung von "1 Euro-Jobs" in ihrem Betrieb/ihrer Behörde wehren, setzt voraus, dass sie überhaupt etwas davon mitkriegen. Das ist nicht immer der Fall. Erfreulich ist, was die "WZ" am 18.07.05 auf der Niedersachsenseite meldet: Bei der Diakonie in Oldenburg wird es "Billig-jobs nur mit Genehmigung" der Mitarbeitervertretung geben, aber bestimmt hat der Personalrat der Gemeinde Wiesmoor in dem von Alfred Kroll geschilderten Fall der Beschäftigung eines Billigarbeiters nicht zugestimmt.

Ein Gast aus Norden berichtete von einer Initiative mit Folgen: Die Einrichtung einer Arbeitsgelegenheit im Bereich Kinderbetreuung hat dazu geführt, dass mittlerweile Mütter per Zeitungsanzeige Betreuung für ihre Kleinen suchen und einen Euro pro Stunde dafür bieten! □

Was soll das?

Halbherziges "Buh!!!" vom Job-Center Wilhelmshaven

(noa) Heinz Müller*, Arbeitslosengeld II-Empfänger, staunte nicht schlecht, als er neu-lich vormittags einen Brief des Job-Centers aus dem Briefkasten holte, der an seine Frau gerichtet war. Frau Müller ist nämlich berufstätig und hat insofern mit dem Job-Center ja eigentlich gar nichts zu tun.

Oh doch, versicherte ihm die unterzeichnende Sachbearbeiterin am Telefon, als Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Heinz und Anna Müller habe sie der Einladung Folge zu leisten. Wenn sie für den Termin nicht von der Arbeit befreit würde, dann würde es aber auch reichen, wenn er, der Ehemann, an ihrer Stelle käme; ihren Arbeitsvertrag müsse er aber schon mitbringen.

Müllers sind dann doch zusammen hingegangen und fielen aus allen Wolken, als sie hörten, worum es ging: Frau Müller ist teilzeitbeschäftigt. Dadurch hat sie ein relativ geringes Einkommen. Würde sie vollschichtig arbeiten, würde sie genug verdienen, so dass Herr Müller kein Alg II mehr bekommen würde.

In unserer Ausgabe 200 kann man unter der Überschrift "Ein echter Liebestest" nachlesen, wie viel Geld in einer Bedarfsgemeinschaft verdient werden darf und ab welchem Einkommen des Partners/der Partnerin eine arbeitslose Person gar nichts mehr bekommt. Diese Zahlen sind den Müllers bekannt. Was sie aber nicht wussten, ist, dass die berufstätige Partnerin sich um eine volle Beschäftigung bemühen muss und dass, wenn sie das nicht tut, dies ein Grund für eine Kürzung oder gar Streichung des Alg II ihres Ehemannes ist.

"Ich muss Ihnen das sagen", teilte ihnen die Job-Center-Beschäftigte mit. Zwar habe sie keine Vollzeitstelle im Angebot, die sie Frau Müller vermitteln könnte, und es wäre auch wahrscheinlich leichtsinnig, einen Teilzeitarbeitsplatz aufzugeben, den man schon viele Jahre innehat, um einen Vollzeitjob anzunehmen, von dem man nicht wissen kann, ob er für den Rest des Arbeitslebens sicher ist. Aber dennoch...

Höchst beunruhigt gingen Müllers wieder nach Hause. Anna arbeitet nicht aus Faulheit

in Teilzeit, sondern sie hat dafür gesundheitliche Gründe. Sollte sie dazu gezwungen werden, vollschichtig zu arbeiten, könnte es passieren, dass sie nicht bis zum Rentenalter durchhält. Dann würde es für das Job-Center noch teurer...

"Seit Anfang des Jahres sind schon zahlreiche Ratsuchende mit diesem Problem in unsere Beratung gekommen", informiert uns Werner Ahrens von der Arbeitsloseninitiative. "Zum Teil wurde den teilzeitbeschäftigten Ehefrauen arbeitsloser Männer sogar vorgeschlagen, zusätzlich einen Putzjob anzunehmen", führt er weiter aus. Nach seinen Erfahrungen hat es immer ausgereicht, beim jeweiligen Sachbearbeiter anzurufen und nachzufragen, was der Blödsinn soll – ein schriftlicher Widerspruch oder sogar eine Klage beim Sozialgericht war nie notwendig. Es steht nicht so genau im Gesetz, ob dergleichen wirklich verlangt werden kann und ob das Alg II eines Mitgliedes einer Bedarfsgemeinschaft tatsächlich gekürzt werden darf, wenn ein anderes Mitglied derselben Bedarfsgemeinschaft nicht bereit ist, eine volle Stelle anzunehmen oder einen Zuverdienst zu suchen. "Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein Job-Center einen solchen Prozess verlieren würde", schätzt Werner Ahrens die Situation ein.

Wenn das so ist, warum werden dann Leute wie z.B. das Ehepaar Müller überhaupt eingeladen und mit dieser bedrohlichen Aussicht konfrontiert? Geht es darum, mal auszuprobieren, ob jemand sich davon einschüchtern lässt? Es könnte ja sein, dass es bei dem einen oder der anderen klappt und man damit bei gleich bleibender Arbeitslosenzahl die Statistik doch freundlicher gestalten kann. □

*) Der Name wurde von der Redaktion geändert.

Tatsächlich Rechtsbruch

Alfred Kroll, Fachanwalt für Sozialrecht und Referent auf der April-Versammlung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland, lieferte in der ALI-Versammlung am 12. Juli einen kurzen Nachtrag zu seinem damaligen Vortrag (vgl. "Rechtsbruch, Missbrauch, Willkür" in GW 207). Er hatte im April über das Thema "Kosten der Unterkunft" und den – wie er es nennt – "besonderen" Umgang des Job-Centers Wilhelmshaven mit denselben gesprochen. In einigen Fällen hat das Sozialgericht Oldenburg mittlerweile entschieden. Gegen diese Oldenburger Gerichtsurteile hat die ARGE Wilhelmshaven Beschwerde eingelegt.

Die Praxis, Alg II-EmpfängerInnen mit Hinweis auf die hier festgelegte Höchstgrenze von 258 Euro für einen einzelnen Menschen (345 Euro für einen Zwei- und 410 Euro für einen Dreipersonen-Haushalt) nach drei Monaten nicht mehr die tatsächlichen, sondern nur noch die von ihm als "angemessen" definierten Mietkosten zuzubilligen, ist rechtlich

falsch; die ARGE muss die volle Miete mindestens für sechs Monate tragen.

Laut Kroll sind die hier als "angemessen" bezeichneten 258 Euro rechtlich nicht haltbar. Aus den bisher erstrittenen Gerichtsentscheidungen kann man ableiten, dass die Summen, die in der Wohngeldtabelle (rechte Spalte) vermerkten Beträge angemessen sind (für eine Einzelperson 280 Euro).

Auch die Heizkosten sind in Wilhelmshaven pauschaliert worden. Das Amt trägt 51 Euro (66 Euro bei mehr als einer Person) – sie müssen aber in angemessener Höhe getragen werden, und das kann in einem Altbau mit hohen Räumen deutlich mehr sein. 0,90 Euro pro Quadratmeter zahlt Wilhelmshaven, während andere ARGEen einen vollen Euro bewilligen. Das Job-Center ignoriert die Rechte der Betroffenen "in drastischer Weise", die Pauschalen, die es festgelegt hat, sind aus Krolls Sicht "rechtswidrig, chaotisch, undurchsichtig".

Die besagten Entscheide des Sozialgerichtes Oldenburg sind auf www.behindertemmenschen.de dokumentiert. (noa)

Ratssplitter

vom 29. Juni 2005
als Unparteiische auch diesmal:
Imke Zwoch

Letzter Mittwoch im Juni, 18 Uhr: Confederations Cup, Germanien spielt gegen Mexiko um den 3. Platz. Ganz Fußball-Deutschland fiebert vor der Glotze dem Anpfiff entgegen. Nur hoch im Norden diskutieren einige Unverbesserliche schon seit zwei Stunden über 1-Euro-Jobs und Neubürgeragenturen. Das, schnaubte Ulla Aljets noch am nächsten Tag, hätte es früher nicht gegeben, da war Konsens: Vor Finalspielen wird die Ratssitzung pünktlich abgepfiffen!

„Pulverdampf und scharfe Diskussionen“

Ist man auch im Rat von Wilhelmshavens Partnerstadt Vichy gewohnt, meint unser Oberbürgermeister. Er begrüßte einige französische KollegInnen im Saal, die anlässlich des bevorstehenden „Wochenende an der Jade“ angereist waren und von denen angeblich nur eine Deutsch versteht. So waren unsere Ratsvertreter von der Last befreit, sich im Beisein der hohen Gäste ausnahmsweise mal anständig benehmen zu müssen.

Zusätzlich ist, was sonst nicht geht

Die Gruppe SPD / Bündnis 90 / Die Grünen beantragte, für 2005 und 2006 ein Pflaster- und Grünpflegeprogramm unter Einbeziehung von 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten aufzustellen. Unter anderem sollen Radwanderwege gebaut und verbessert, überwachsene und abgesackte Pflasterflächen saniert, der „Grüne Ring“ in FGroden runderneuert, rund um den Großen Hafen gepflastert und dafür eine halbe Million Euro für Personal und Material bereitgestellt werden.

„Wie Sie ahnen werden“, kommentierte FDP-Sprecher von Teichman, „werden wir dem Antrag nicht folgen.“ Der Freidemokrat sieht das Hartz-IV-Kriterium der Zusätzlichkeit bei solchen Tätigkeiten nicht erfüllt und damit eine Konkurrenz zu Handwerksbetrieben, die so etwas in Form öffentlicher Aufträge übernehmen sollten, wobei er sich auf prominente Kommentare stützt: Die „Vernichtung regulärer Arbeitsplätze“ befürchtet der Präsident des Zentral-Handwerksverbandes, und für DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer sind 1-Euro-Jobs „staatlich gefördertes Lohndumping“. Dass die Verwaltung laut Stadtrat Kottek bereits Vorbereitungen für das Grünpflegeprogramm getroffen hatte, obwohl der Antrag im Ausschuss abgelehnt und im Rat noch nicht behandelt worden war, fand von Teichman auch nicht witzig: „Das werden wir Ende nächsten Jahres ändern!“ Die SPD fand diese seine Prognose zum Ausgang der nächsten Kommunalwahl höchst erheitend.

Ratsherr Langen (CDU), im Grundsatz für 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten aufgeschlossen, bat für diesen Fall um Präzisierung und Prüfung, ob der erste Arbeitsmarkt dadurch gefährdet sei. Dazu SPD-Sprecher Neumann: „Wir wollen nicht prüfen, wir wollen handeln!“ An dieser Stelle meldete sich sein ansonsten schweigsamer Kollege Rath zu Wort: Er habe am eigenen Leib gespürt, was passiert,

„wenn gehandelt wird, ohne zu prüfen!“ (Anm. d. Red.: Rath war der Pachtvertrag für sein Jugendhotel am Südstrand gekündigt worden, weil dort ein Hotelurm gebaut werden sollte. Diese Planung liegt nun unbefristet auf Eis, während Raths Hotel grundlos leer steht und verwahrlost).

Neumann sieht für seinen Antrag die Hartz IV-Kriterien erfüllt: Das öffentliche Interesse sei gegeben, und die Pflaster- und Grünpflegearbeiten seien schon deshalb zusätzlich, weil kein Geld dafür im Haushalt stehe – also ohne 1-Euro-Jobs würden diese Arbeiten ja gar nicht gemacht werden, also sind sie zusätzlich! Interessante Logik, in sich stimmig und sicher auf einen Großteil der 1-Euro-Jobs zutreffend – aber die Definition „zusätzlich“ leitet sich von der Frage ab: Ist es eine Pflichtaufgabe der Gemeinde oder nicht?

Die Prüfung der Rechtmäßigkeit von Arbeitsgelegenheiten für Erwerbslose obliegt ohnehin der Agentur für Arbeit. CDU-Sprecher Reuter hatte vorgeschlagen, den Wortlaut des Antrags abzuändern: „Die Verwaltung soll möglichst viele 1-Euro-Jobs schaffen.“ Und war nun wieder mal stinksauer, denn „nie lässt sich Herr Neumann auf unsere Vorschläge ein!“

Als es an die Abstimmung ging, klinkte sich Rath nochmals ein: Er habe vorhin den Antrag gestellt, zu prüfen, „ob wir Rechtsbruch begehen.“ Daran konnte sich niemand erinnern, war doch sein Einwurf „handeln ohne zu prüfen“ kommentarlos in den Weiten des Ratssaales verhallt. Über solch einen Antrag hätte Ratsvorsitzender Schmidt zuerst abstimmen lassen müssen, aber stattdessen wurde der Antrag für das Hartz-IV gestützte Grünpflegeprogramm zur Abstimmung gestellt. Und wenn die Mehrheitsgruppe einen Antrag stellt, dann ist egal, wie lange diskutiert wird – man hätte auch bis zur Fußball-Weltmeisterschaft weiter diskutieren können –, dann wird der Antrag mehrheitlich angenommen. Erst danach wandte sich der städtische Jurist Stoffers an Rath: Man begehe keinen Rechtsbruch, weil die Stadt nicht Genehmigungsbehörde sei. War ja nett gemeint. Aber wie die SPD Raths Einwände völlig ignorierte, als sei er Luft, war irgendwie gar nicht nett. ☹

Ham wir doch schon

Die FDP möchte, dass die Stadt einen hauptamtlichen Wirtschaftsförderer einstellt. Ob Wilhelmshaven eine Neubürgeragentur braucht, hat die FDP schon geprüft mit dem Ergebnis: Brauchen wir nicht – und mit den eingesparten Mitteln soll das Gehalt der neuen Spitzenkraft bezahlt werden. Die Notwendigkeit begründete von Teichman mit dem JadeWeserPort (diesmal kriegt er die kaiserliche Woldecke in Feldgrau verliehen statt OB Menzel, der sonst alles mit dem Containerterminal rechtfertigt), der Chemieindustrie und der Arbeitslosigkeit.

Neumann sieht keinen Bedarf: Wolfgang Frank, Chef der Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG), reiche ja wohl aus. Außerdem sei der Oberbürgermeister oberster Wirtschaftsförderer der Stadt. Neumann zählte begeistert diverse Betriebe auf, die hier angesiedelt oder zum Bleiben bewegt wurden, wie z. B. Ulmer, Laeppché, der neue Schlachthof – „alles Wolfgang Frank– die Stadt kann sich keinen besseren Wirtschaftsförderer leisten!“

Äh – Moment mal. Was hat er da eben ge-

sagt? „Die Stadt kann sich keinen besseren ...? Aber wenn die Stadt denn mehr Geld hätte, dann ...“ Von Teichman reichen die bisherigen Wirtschaftsförderleistungen nicht aus: „Fragen Sie mal den FDP-Bundestagskandidaten Bauermeister, der ist im WFG-Aufsichtsrat.“ Sein Antrag wurde abgelehnt.

Tjaden gegen den Rest der Welt (-1)

Der parteilose Ratsherr Tjaden beantragte, die Grundsatzvereinbarung und den Kooperationsvertrag zum JadeWeserPort mit dem Land Niedersachsen aufzuheben. Hintergrund waren Verlautbarungen aus Hannover, dass das Land seine Gewerbeflächen am neuen Containerhafen zuerst vermarkten will, ehe die Stadt mit ihren Flächen zum Zuge und damit zu Einnahmen kommt. „Das Land hat sich öffentlich und nachdrücklich von den ursprünglichen Vereinbarungen verabschiedet“, beklagte Tjaden. Grundsätzlich ist Tjaden gegen den Bau des Containerterminals an der Jade, aber wenn es sich nicht verhindern lässt, dann solle die Stadt, so Tjaden, daraus den größtmöglichen Nutzen ziehen: „Wenn schon, dann vernünftig“. Sein Vorschlag zur Güte: „Das Land zieht seine Aussagen zurück – und wir vermarkten zusammen – auf gleicher Augenhöhe!“

OB Menzel sieht keinen Anlass, die Verträge mit dem Land in Zweifel zu ziehen. Das war es dann auch schon mit der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Tjadens Antrag – im Weiteren wurde er, nicht zum ersten Mal, zum Außenseiter und Enfant terrible gestempelt. „45 Ratsmitglieder, Fachleute in aller Welt (!) und die Mehrheit der Bürger will den Hafen“ trompete SPD-Hafenwilli Adam. Eine solch überwältigende Mehrheit bedarf wirklich dringend des Schutzes vor Minderheiten, mit allen Mitteln. Das übernahm Menzel: In Gesprächen mit den Medien hätte Tjaden sein „unverantwortliches Handeln entlarvt, die Grenze zur Unanständigkeit“ überschritten – „dieser Geist steckt in Ihren Anträgen!“ Wenn Tjaden äußert „Vorlagen von mehr als 3 Seiten versteht keiner“, heißt das aber mitnichten, dass er alle anderen Ratsmitglieder für unterbelichtet hält – sondern, dass die Informationsgrundlagen für weitreichende Ratsbeschlüsse gerade zu solch einem Mammutprojekt nicht transparent genug sind. Aber wenn einer unbeliebt ist, dann kann er äußern, was er will – es wird gegen ihn verwendet.

Kein Aufschrei der Empörung gegen diese Form gelebter Demokratie? Doch, einer: FDP-Ratsherr Schadewaldt erhob sich: „Herr Tjadens Anträge sind nicht ehrenrührig. Er ist kein Volksschädling, keine ‚Heuschrecke‘. Er kümmert sich wenigstens! Zum Beispiel um den Geniusstrand.“ (Der dank Tjadens Engagement nun doch noch von Badegästen genutzt werden kann, ehe er unterm Beton des Hafenausbaus verschwindet.) Schadewaldt ist für den Hafen, aber er kann zwischen Person und Meinung differenzieren. ☺☺☺

Aktuelles vertagt

Wenn die Tagesordnung einer Ratssitzung feststeht, ist es schwer, dort ganz aktuelle Dinge anzusprechen. Es sei denn, man versucht sie krampfhaft in einem Wortbeitrag zu einem anderen Thema unterzubringen und damit einen Ordnungsruf „Zur Sache!“ zu riskieren. Zweite Möglichkeit: „In dringlichen Fällen kann die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung durch Beschluss des Rates mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder

erweitert werden.“ (§ 41 Abs. 3 der Nds. Gemeindeordnung) Das ist aber umständlich und Zeit raubend und vom Wohlwollen der Mehrheit abhängig. Dritte Möglichkeit: Man führt einen ständigen Tagesordnungspunkt "aktuelle Stunde" ein. Ein solcher Antrag war früher schon gescheitert, nun versuchte es Rats Herr Tjaden mit Möglichkeit vier: Er beantragte einen ständigen TOP "Mitteilungen und Anfragen". Doch nur 3 Ratskollegen, davon die beiden von der FDP, schlossen sich ihm an. Rein sachlich spricht kaum etwas gegen einen solchen Punkt – da fehlte wohl besagtes Wohlwollen.

Entwicklungshilfe, wie gehabt

Für die westliche Südstadt gibt es jetzt eine "Entwicklungsgesellschaft Wilhelmshaven-Südstadt". Der Rat beschloss, die entsprechenden Verträge unterzeichnen zu lassen. Dazu Ratsvorsitzender Schmidt: "Wir sind jahrelang nicht in die Pötte gekommen – jetzt werden wir zusammen mit der Privatwirtschaft etwas schaffen." Das sind die BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH, die KUB Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH und die Rudnick, Rudnick & Partner Consulting GbR mit einer Einlage von je 13.500 Euro, die Stadt wirft 40.500 Euro in den Gesellschaftstopf. Zu den Planungen gehört, marode Bausubstanz abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Liebhaber der Südstadt sind wenig begeistert von dem Gedanken, dass der klägliche Rest historischer Bausubstanz weiter schrumpfen soll. Schmidt versuchte zu beruhigen: Wo es einen geschichtlichen Hintergrund gäbe, würden die Bauten natürlich erhalten werden. Denn man viel Spaß bei der Suche nach Jugendstil- und Gründerzeitbauten ohne historischen Hintergrund!

Was wirklich zählt

Je 125.000 Euro will die Stadt sich in diesem und dem kommenden Jahr ihre Neubürgeragentur kosten lassen. Die soll bis zum Jahresende in die ehemalige Ladenfläche von Peek & Cloppenburg in der Nordseepassage einziehen, zusammen mit der Tourist-Information und einer Außenstelle des Bürgeramtes. Die CDU lehnte den Antrag auf Freigabe der Mittel ab: "Telefonanschlüsse sind keine Kernaufgabe der Verwaltung", begründete ihr Sprecher Reuter. Imagewerbung müsse auch Substanz haben, dazu gehöre eine attraktive Stadt. "Für die Erneuerung der Marktstraße ist Geld da – aber die Parkplätze verunkrauten." Aha, endlich wissen wir den Grund für die sinkende Bevölkerungszahl unserer Stadt.

Derweil schaute Ratsvorsitzender Schmidt auf die Uhr und räusperte sich: "Es gibt einige Wortmeldungen ... es soll ja mittlerweile 1:0 stehen." Aber für wen? Verstohlen fliepten Handys unter den Tischen, SMS-Nachrichten wurden ins heimische Wohnzimmer versandt und von dort empfangen.

Von Teichman befürwortet, dass man sich um Neubürger kümmern soll, aber ohne Zusatzkosten, "die Verwaltung kann das selbst". Kämmerer Hoff widersprach: Das müsse man Profis überlassen. "Alle Kommunen machen das so – da müssen wir mitziehen." Das Mindeste sei, weitere Bevölkerungsverluste zu vermeiden.

Wie es ausging? Hier 1:0 für die Mehrheitsgruppe. In Leipzig 4:3 für die deutsche Nationalelf, nach Verlängerung. □

Der Weg ist das Ziel

Unter diesem Motto feiert die Tierrechtsbewegung Schortens e. V. am Samstag, 27. August 2005 ihr 20jähriges Bestehen. Alle Freunde und Interessierten sind herzlich eingeladen. Von 10 bis ca. 16.30 Uhr gibt es am und im Bürgerhaus in Schortens Infostände, Tierschutz-Musik (Richard Peel & seine "Gentlemen in Black"), einen Imbiss- und Getränkestand, eine Podiumsdiskussion mit örtlichen Politikern, einen Malwettbewerb für Kinder und Jugendliche (Preise winken!), viele interessante Gäste und anderes mehr.

Mit dabei sind u. a.: Amnesty International Varel, Arbeitsgemeinschaft artgerechte Nutztierhaltung Stelle, Bundesverband Menschen für Tierrechte & Ärzte gegen Tierversuche, Bündnis90/Die Grünen – Friesland und andere regionale Parteiverbände, Eine-Welt-Laden Hooksiel, Greenpeace WHV und Sande, LAG Mensch und Tier Hannover, Lokale Agenda des LK Friesland, Hundeschule "Best Friends" Schortens, Tierschutzverein "Bunte Kuh" e.V., Leer, Tierversuchgegner Pulheim e.V. + Internetzwerk für Tiere, Tierversuchgegner Berlin & Brandenburg -Menschen für Tierrechte e.V., Vegetarierbund Deutschland e.V. Hannover und "Wildwuchs", die Theatergruppe behinderter u. nicht behinderter Menschen Wilhelmshaven und Schortens. (iz)

Live-Musik im Faircafé Schortens

1. September 2005: DERRICK "BIG" WALKER

Wieder einmal konnte das Fair Cafe in Schortens einen echten Coup landen: Derrick "Big" Walker (USA) gibt im Fair Cafe eines seiner wenigen Konzerte auf seiner aktuellen, kurzen Herbsttournee 2005. Unterstützt wird er dabei an den Drums und am Bass von den niederländischen "MARBLETONES" und an der Gitarre von Olle Bosson aus Stockholm/Schweden. Wenn Derrick Walker die Bühne besteigt, wird den Bluesfans deutlich, woher der in Schweden lebende Musiker seinen Beinamen "Big" hat. Der charismatische, in Oklahoma geborene Bluesmusiker zieht das Publikum schnell in seinen Bann.

Derrick "Big" Walker agiert nicht nur als herausragender Sänger, Saxophon- und Mundharmonikaspieler, sondern fungiert gleichzeitig als "Dirigent" für die musikalischen Mitstreiter. Seine durch Körperbewegungen szenisch unterstützten und ohnehin beeindruckenden Soli kann er durch Handzeichen beliebig variieren und ausdehnen. Walker ist ohne Zweifel ein Musiker der Extraklasse. Was er aus Mundharmonika und Saxophon herausholt, ist schlichtweg beeindruckend. Nicht nur, dass er den Tonumfang der Instrumente voll ausnutzt; durch seine exzellente Spieltechnik zeigt er auch noch ihr breites Klangspektrum auf. Der frenetische Beifall für seine Darbietungen beweist oft genug, dass die Zuhörer sicherlich nicht nur vom musikalischen Können Walkers, sondern ebenso von seiner enormen Bühnenpräsenz und Spielfreude begeistert sind. Kartenreservierung für € 10,- per Hotline unter 04423/709360.

Konzerte im August:

Mo., 15. Aug.: JJ & The Shuffle Kings, 50ties Blues, € 6.-

Mo., 22. Aug.: Ebbel & The Big Shots, Rock-News aus Midlum, € 0.-

Fairhandels Haus Schortens, Kultur- & Bildungsveranstaltungen, Accumer Str./Birkenstr., 26419 Schortens/Grafschaft, Tel. 04423/709360, Fax 709361, Email: fairhandels Haus.schortens@ewetel.net, Internet: www.fair-cafe.com

Erdgasverbraucher wehrt euch gegen Preiswillkür

Das Maß ist voll! Der Worte sind genug gewechselt. GEW äußert sich arrogant nur mit "als lokale Versorgungsunternehmen stehen wir nicht in einer weiteren Nachweispflicht". Die Politiker haben versagt, weil im neuen Energiewirtschaftsgesetz eine Verpflichtung zur Preistransparenz nicht verankert und dem Bürger ein Informationsrecht verweigert wurde. Die Bürgerinitiativen in anderen Orten haben in Einzelfällen Erfolg, wenn am Geldhahn gedreht wird. Deshalb hilft jetzt nur noch eins, und zwar

die massenhafte Verweigerung der Zahlung des Aufschlags von 11,76 Prozent (tatsächlich sind es 13,56 Prozent) sowie die Verweigerung von Nachzahlungen in diesem Rahmen

so lange, bis GEW zusammen mit den Gas-Vor- und Hauptlieferanten eindeutig und nachvollziehbar begründet hat, warum eine neuerliche Gaspreiserhöhung notwendig ist, obwohl der Erdgaspreis in den letzten vier Jahren im Bundesdurchschnitt um 25 Prozent über dem immer wieder zum Vergleich herangezogenen Heizölpreis liegt.

Als erstes brauchen Sie hierzu nur unter Angabe Ihrer Kundennummer bei GEW kostenfrei 0 80 04 04-33 33 anrufen und mitteilen, dass Ihre alte monatliche Abschlagszahlung unverändert zu lassen ist. - Für die formelle Eingabe der Widerrede an GEW erhalten Sie von uns einen juristisch abgesicherten Text-Vordruck per Briefkasten oder bei der Bürgerinitiative.

Denken Sie daran: Alleine erreicht man gar nichts!

Mit dieser Verweigerung machen Sie sich nicht strafbar.

Die Gasversorgung Ihres Haushalts darf nicht eingestellt werden.

Eine Weiterzahlung "unter Vorbehalt" ist rechtlich unnütz.

Nur einig sind wir stark! Zeigen Sie Zivilcourage!

Unterstützen Sie diesen Protest! Machen Sie mit – **alle!**

Nachträglich auch jene, die sich jetzt auf Urlaubsreise befinden.

Zur Finanzierung der Kosten wegen formeller Maßnahmen mit schriftlicher Information an Sie, bittet die Bürgerinitiative um Überweisung eines Kostenbeitrags in Höhe von 1 bis 10 Euro unter Angabe ihres vollen Namens und der Anschrift im Feld "Verwendungszweck" des Überweisungsträgers auf das Bankkonto Rüdiger Ohle, Wilhelmshaven Postbank Hamburg Kto.-Nr. 271 982 205, BLZ 200 100 20

WHV-Bürgerinitiative
"Kampf gegen zu hohe Energiepreise"
 Hans Eßer, Ursula Margott., Rüdiger Ohle,
 Horst Walzner
 Anschriften: Hans Eßer, Sven-Hedin-Str, 63,
 26389 Wilhelmshaven
 Rüdiger Ohle, Inostr. 60,
 26388 Wilhelmshaven

Gut aufgehoben

Wilhelmshavener Frauen erhalten optimale Brustkrebsvorsorge

(iz) Arbeitslosigkeit, Bevölkerungsschwund, Überalterung, Privatinsolvenzen, Scheidungen, Singles, Jugendkriminalität und dicke Kinder: Wenn Wilhelmshaven mal irgendwo zu den "Spitzenreitern" zählt, ist das in der Regel kein Grund zum Jubeln. Wir freuen uns, jetzt eine löbliche Ausnahme melden zu können: In Sachen Brustkrebsvorsorge hat unsere Stadt die Nase vorn.

Am 24. August 2005 startet im Stadtgebiet das "Mammographie-Screening", die kostenlose Reihenuntersuchung für alle Frauen der besonders gefährdeten Altersgruppe zwischen 50 und 69 Jahren. Mitte Juli fand im „Oceanis“ die erste von mehreren Informationsveranstaltungen dazu statt, mit überwältigender Resonanz. Mit etwa 90 Wilhelmshavenerinnen, darunter auch unsere Frauenbeauftragte Ellen Wolbergs, war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Wittmunder Radiologe Dr. Gerold Hecht erläuterte als projektverantwortlicher Arzt allgemeinverständlich die Hintergründe, Besonderheiten und Vorteile des Mammographie-Screenings und beantwortete Fragen der Zuhörerinnen.

Frühe Umsetzung

Nach den vorangegangenen, erfolgreich verlaufenen Pilotprojekten (s. GEGENWIND Nr. 195 / Februar 2004 "Mammobil am Ziel") ist die Brustkrebs-Früherkennung für Frauen der genannten Altersgruppe seit April 2005 Regelleistung der Krankenkassen. Allerdings muss für alle Screening-Regionen bundesweit erst die entsprechende Logistik und Infrastruktur geschaffen werden. Die Pilot-Regionen Weser-Ems, Bremen und Wiesbaden sind dabei im Vorteil. Doch so richtig in die Puschen gekommen ist bisher einzig das Screening-Büro in Wittmund (Pilotregion Weser-Ems, jetzt Region Niedersachsen Nord-west), das neben den ländlichen Pilotbereichen in Friesland und im Ammerland nun auch für ganz Ostfriesland, die Wesermarsch und die umliegenden Städte zuständig ist. Davon profitieren auch Wilhelmshaven und die hier lebenden Frauen.

Kurze Wege

Die Röntgenaufnahmen werden in der Praxis Achenbach in der Marktstr. 1 ("Coca-Cola-Haus") gemacht, allerdings abseits des sonstigen Praxisbetriebs, in getrennten Räumen, mit besonderen Geräten und von speziell geschultem Personal. Sollten die Aufnahmen auf einen verdächtigen Befund hindeuten, steht direkt vor Ort das renommierte Brustzentrum im Reinhard-Nieter-Krankenhaus zur Verfügung. Hier kann durch weitergehende Untersuchungen der Verdacht entweder ausgeräumt werden oder, falls er sich bestätigt (was nur bei einzelnen unter 1000 Frauen der Fall ist), ein Tumor entfernt und nachbehandelt werden. Die Frauen haben also keine weiten Wege und können, falls sie betroffen sind, in der Nähe von Familie und Freunden therapiert werden.

Hohe Qualität

Wilhelmshavener Frauen gehören also bundesweit zu den ersten, die an der kostenlosen Früherkennung nach modernsten medizinischen, technischen und psychologischen Qualitätsstandards teilnehmen können.

- Die Frauen erhalten eine persönliche Einladung mit Termin (keine langen Wartezeiten; unpassende Termine können in Absprache verschoben, verpasste nachgeholt werden).
- die für die Röntgenaufnahmen erforderlichen Geräte werden täglich von einem Techniker überprüft und justiert
- besonders geschulte Röntgenassistentinnen sorgen für möglichst schmerzfreie, hochwertige Aufnahmen
- zwei auf Brustkrebsdiagnosen spezialisierte Ärzte (müssen jährlich mind. 5000 Begutachtungen solcher Röntgenaufnahmen nachweisen) beurteilen unabhängig voneinander den Befund
- alle Frauen erhalten binnen 10 Tagen Nachricht
- durch Tasten, Ultraschall und ggf. vorsichtige Gewebeprobe (Biopsienadel) werden unklare Befunde geklärt bzw. der zu operierende Bereich genau abgegrenzt (Brust erhaltende OP als Regel)
- Wiederholung der Mammographie im 2-Jahres-Rhythmus gewährleistet, dass entdeckte Tumore noch klein sind
- psychologische Begleitung für Betroffene

Große Eigenverantwortung

Brusttumore sind bei Frauen die häufigste krebisbedingte Todesursache. Die Mammographie ist genau genommen keine Vorsorge, sondern eine Früherkennung. Sie kann nicht die Entstehung von Brustkrebs verhindern, aber die Heilungs- und Überlebenschancen Tausender betroffener Frauen jährlich deutlich verbessern. Vorsorge heißt, den Risikofaktoren die Stirn zu bieten: Übergewicht vermeiden, viel Sport treiben, dazu eine ausgewogene Ernährung mit hohem Gemüseanteil.

Auch die Teilnahme am Screening liegt in der Verantwortung jeder Frau selbst, keine wird gezwungen. Bei vielen überwiegt noch die Angst vor einer Diagnose, die sie lieber nicht wüssten; oder die Angst, dass ihre weiblichen Körperteile nach Fehldiagnose voreilig verstümmelt werden. Letzteres ist durch die Qualitätsstandards des Screenings auszuschließen. Ersteres ist verständlich, heißt aber auch Verzicht auf die in den meisten Fällen gute Nachricht: Befundfrei!

Viele Multiplikatorinnen

Die Pilotregion Weser-Ems hat mit etwa 70% aller eingeladenen Frauen die höchste Teilnahmequote unter den Pilotregionen erreicht. Das mag zum einen daran liegen, dass im ländlichen Raum eine mobile Screening-Einheit, der Röntgenbus "Mammobil", zu den Frauen in die kleinen Orte fast vor die Haustür kam. Weiterhin hat das Büro Weser-Ems als einziges öffentliche Informationsveranstaltungen durchgeführt (die auch jetzt zum Auftakt in neu hinzugekommenen Kommunen wie Wilhelmshaven angeboten werden). Einen großen Anteil an dem Erfolg haben aber die Landfrauenverbände und ande-

re Organisationen im ländlichen Raum. Sie sind auch im Beirat für die Screening-Region vertreten und transportieren Informationen, Erfahrungen und Meinungen zu diesem Gesundheitsprogramm.

Solche Netzwerke sollten auch in Wilhelmshaven genutzt werden. Wichtig wäre z. B., Vertreterinnen der ausländischen Vereine als Multiplikatorinnen zu gewinnen, um sprachliche und kulturelle Hemmnisse für potenzielle Teilnehmerinnen auszuräumen. □

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Ein Ort

der Begegnung

für Jung und Alt,

für Mütter, Väter,

Omas, Opas,

Tanten, Onkel,

Kinder ...



SOS
Kinderdorf e. V.

Mütterzentrum

Öffnungszeiten
Cafe MüZe:

Sonntag bis Freitag

09.30 - 13.00

Mittwochs auch 15.00 - 18.00

Neu: Donnerstags ab 8.00

Wohin nur?

Keine Wohnung bei Privatinsolvenz – Wohnungsbaugesellschaften diskriminieren Bewerber

(noa) Wir haben in letzter Zeit über die zunehmende Zahl von Privatinsolvenzen in Wilhelmshaven berichtet. Was es für Folgen haben kann, eine Insolvenz anzumelden, um die finanzielle Situation wieder in den Griff zu bekommen, davon berichtet dieser Beitrag.

Die Familie Egger* wohnt ziemlich beengt. Drei kleine Zimmer für eine vierköpfige Familie, das ist knapp. Im Elternschlafzimmer steht der Schreibtisch, im Schlafzimmer des Sohnes stehen die Bücher der Eltern, ins Zimmer der Tochter passt außer der Tochter nichts rein. Eine Stube gibt es nicht; das Familienleben findet in der winzigen Wohnküche statt. Familie Egger will umziehen. Bei den vielen freien Wohnungen in Wilhelmshaven dürfte das eigentlich kein Problem sein, aber die Sache hat einen Haken: Bei Eggers läuft seit kurzer Zeit die Privatinsolvenz.

Eine Insolvenz meldet man an, wenn man zahlungsunfähig ist. Zweck des Verfahrens ist die amtliche Feststellung der Zahlungsunfähigkeit und die Befriedigung der Gläubiger. Der Schuldner stellt eine Liste aller Gläubiger zusammen. Ein Treuhänder verwaltet das Vermögen des Schuldners und verteilt es proportional zu den geschuldeten Summen an die Gläubiger. Ein Teil des Einkommens des Schuldners ist jedoch davor geschützt. Die Pfändungsgrenze hängt davon ab, wie viele Personen leben und zahlungsfähig sein müssen.

Zahlungsfähig werden

Denn das ist der Sinn des Insolvenzverfahrens für die Schuldner: wieder zahlungsfähig zu werden.

Die Eggers haben keine Mietschulden. Aufgrund des Insolvenzverfahrens ist gewährleistet, dass sie auch künftig ihre Miete zahlen können. Sie haben regelmäßige Einkünfte, die ihnen ihre Gläubiger bis zur Pfändungsgrenze nicht wegnehmen können. Und dass sie nicht auf dumme Gedanken kommen und ihre Miete mal nicht zahlen, dafür sorgt das Insolvenzverfahren auch. Denn sobald sie neue Schulden machen würden, wäre auch das Insolvenzverfahren hinfällig. Sechs Jahre "Wohlverhalten" (so heißt das tatsächlich im Gesetz!) wird von jedem, der Insolvenz anmeldet, gefordert; dann ist er danach alle eventuell noch übrigen Schulden los. Niemand, der seine Sinne beisammen hat, würde diese Chance auf einen Neuanfang leichtfertig vertun. Insofern ist ein Mieter, der eine Insolvenz laufen hat, ein guter Mieter, der garantiert immer pünktlich zahlt.

Das scheinen die Wilhelmshavener Wohnungsbaugesellschaften nicht zu wissen – und Frau Egger musste die Erfahrung machen, dass es ihnen auch egal ist, wenn sie es wissen.

Bei der "Jade" verlangt man von Familie Egger eine Kautionshöhe von drei Monatsmieten sofort – andere Mietaspiranten müssen nur zwei Monatsmieten Kautions hinterlegen und können diese auch in Raten zahlen. Letzteres könnten sie hinkriegen, ersteres aber auf keinen Fall. Denn diese drei Monatsmieten müssten sie sich irgendwoher borgen, also Schulden machen, also ihr Insolvenzverfahren platzen lassen – unmöglich. Warum sie bei der "Jade" überhaupt ge-

sagt haben, dass die Insolvenz läuft? Nun, Wohnungsbaugesellschaften machen bei jedem, der eine Wohnung will, eine Schufa-Anfrage; da hätte es gar keinen Sinn, es zu verschweigen.

Auch beim Bauverein Rüstringen kommt kein Mietvertrag zustande. Die Begründung: Der Eigentümeranteil von 500 Euro, den man einzahlen muss, um überhaupt eine Wohnung zu bekommen, sei pfändbar. Frau Egger fragte nach, was der Bauverein Rüstringen tut, wenn einer ihrer Mieter in Insolvenz gehen muss. Das Mietverhältnis werde dann gekündigt, antwortete ihr der Geschäftsführer.

Eine kleine Chance besteht vielleicht noch auf eine Wohnung bei der "Spar und Bau". Aber auch hier werden die Eggers aufgrund ihrer Insolvenz diskriminiert: Im Unterschied zu anderen Wohnungssuchenden müssen sie einen Bürgen benennen und eine Bescheinigung ihres jetzigen Vermieters beibringen, in der dieser bestätigt, dass sie keine Mietschulden haben. Und wenn sie dies getan haben – was von keinem anderen verlangt wird – entscheidet der Vorstand, ob sie eine Wohnung bekommen.

Es sieht ganz so aus, dass Eggers bei den Baugesellschaften nicht unterkommen werden. Vielleicht ist es auch leichter, einem privaten Vermieter begrifflich zu machen, dass die Sicherheit, die Miete immer pünktlich zu bekommen, bei ihnen wesentlich größer ist als bei jedem anderen.

Vier Zimmer in ruhiger Lage, evtl. mit Garten, bis 450 Euro, das müsste doch zu finden sein! Wer eine solche Wohnung anbieten kann, soll es uns bitte sagen, wir sagen es Familie Egger weiter. □

**) Der Name ist frei erfunden, die Geschichte aber leider nicht.*

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **3,60 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **3,66 %**

Zins p.a.: **3,95 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,02 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144

VPV

VERSICHERUNGSGRUPPE

**AMERICAN STYLE
RESTAURANT &
COCKTAILBAR**

**Bonny's
Diner**

ÖFFNUNGSZEITEN:
MO-DO 9 - 2 UHR
FR 9 - 5 UHR
SA 10 - 5 UHR
SO 10 - 2 UHR

MHV, BAHNHOFSTR. 22 (KINOZENTRUM), TEL. 04421/ 982 505

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak

Legasthenietherapie
Lese-/Rechtschreibtraining
Diagnose und Beratung
Auskunft und Anmeldung
04421 - 99 64 70

**Reparaturen
aller Fabrikate**
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Rückschau: Wochenende an der Jade 2005

Gibt's was zu meckern? Nicht wirklich. Man hat gelernt damit zu leben, dass angesichts leerer Kassen das Programm deutlich abgespeckt ist. Die Veranstalter können sich die Gagen ja nicht aus den Rippen schneiden. Es gab schon Zeiten, da spielte ständig an jeder Ecke eine andere Band, so dass man die Qual der Wahl hatte oder auf dem Riesenareal hin und her flitzen musste, um von allem was mitzukriegen. Weniger kann also auch beim WadJ mehr sein.

Wo war Frankreich?

Trotz Nieselwetters herrschte schon bei der Eröffnung großer Andrang. WTF-Geschäftsführerin Aida Kleinschmidt verteilte höchstselbst Fähnchen, Luftballons und Sponsoring. Oberbürgermeister Menzel betonte in seiner Ansprache das diesjährige Motto "Frankreich zu Gast in Wilhelmshaven". Anlass war die 40jährige Städtepartnerschaft mit Vichy, die 1965 mit einem Schüleraustausch begann. "Bei den Aktivitäten zu Wasser, zu Land und in der Luft werden die Veranstaltungen des Partnerlandes Frankreich im Mittelpunkt des festlichen Geschehens rund um den Großen Hafen stehen." Im Laufe des 3 1/2-tägigen Geschehens fiel es Uneingeweihten allerdings schwer, der französischen Präsenz gewahr zu werden. Das Marine-Musikkorps spielte zum Auftakt nicht die Marseillaise, sondern den Wilhelmshaven-Marsch. Schirmherr Claude Martin, französischer Botschafter in Deutschland, war nicht ganztags mit einem Schirm in der Menge auszumachen. Zwei themenbezogene Ausstellungen fanden eher am Rande – im Küstenmuseum und im Rathaus – statt. Es gab einen französischen Abend mit der Musical Company aus Bremen; präserter war die Musik- und Folkloretanzgruppe "Vichy et ses sources", die auch tagsüber Farbe in die Marktstraße brachte. Unser unvoreingenommen umherstreuender Fotograf stieß auf wenige Beispiele französischen Flairs – von Verkaufsständen für Crêpes, Pommes Frites (die eigentlich in Belgien beheimatet sind) und Kronenbourg Pilsener mal abgesehen.

Bontekai

Litt die Bühne beim Oceanis bzw. die dort agierenden KünstlerInnen in den vergangenen Jahren darunter, durch die Reihe der Speisen- und Getränkestände vom flanierenden Publikum abgeschnitten zu sein, so verschwand sie dieses Jahr gar in einem bayrischen Bierzelt. Was dem Wirt nicht zu verdenken ist, denn angesichts der hiesigen Wetterlage sind open-air-Angebote immer risikobehaftet.

Ein wiederholenswertes Novum war die Oldtimer-Ausstellung vorm Küstenmuseum, initiiert durch den Verein zur Erhaltung historischer Fahrzeuge in Wilhelmshaven. Zu den ausgestellten alten Schätzchen auf zwei und

vier Rädern gesellte sich am Kai der Tonnenleger "MS FORCE", der auch beim Verein gechartert werden kann. Interessierte hätten sich ausführlichere Informationen zu Technik und Geschichte der Exponate gewünscht.

Südstrand in Flammen

Als deutliches Plus bewerteten viele, dass die Südstrandbühne statt oben auf dem beengten gepflasterten Parkplatz wieder unten am Deich beim ehemaligen Planschbecken stand. Eine Super-Natur-Tribüne, auf der alle Platz finden und etwas sehen können, ob stehend oder tanzend, auf Bierzelt-Garnituren, oben auf der Mauer oder gemütlich auf dem Rasen hingelümmelt, dazu mit guter Akustik und stimmungsvollem Seeblick. Die dort aktiven (und im Ergebnis zufriedenen) Wirte unterstützten mit ihrer Idee, "brennende" Olfässer aufzustellen, das besondere Ambiente. Da ließ sich auch das Phytoplankton im Jadebusen nicht lumpen und setzte mit romantischem Meeresleuchten noch eins oben drauf.

Ein besonderer Publikumsmagnet war die Krautrock-Legende Birth Control. Von der ursprünglichen Besetzung ist zwar nur noch Sänger und Schlagzeuger Bernd "Nossy" Noske dabei, der schon im Gründungsjahr 1968 als Ersatz für Hugo Egon Balder einstieg und nächstes Jahr seinen 60. Geburtstag feiert. Seine jetzigen Mitspieler lagen damals noch in den Windeln, aber das bringt frischen Wind in die Sache und ließ gar nicht erst die Erwartung – oder besser Befürchtung – aufkommen, das Ganze könne einer der oft peinlich missglückten Versuche einer Rock-Rentner-Band werden, eine Kopie ihrer damaligen Jugend zu inszenieren. Zwar fielen die Soli des bemerkenswerten Gitarristen Peter Engelhardt hier und da zu lang aus und Nossis Einlagen an der Schießbude zu kurz, aber unterm Strich weckten Musik und Atmosphäre die Sehnsucht nach MEHR – einem Extra-Open-Air an diesem besonderen Ort. Und Gerüchten zufolge macht sich die WTF genau darüber schon konstruktive Gedanken ...

Pumpwerk

Die WadJ-Veranstaltungen rings um das Pumpwerk sind nach einigen kränkelnden Jahren wieder der Renner geworden. Die zwischenzeitlich mal aus Geldnot rekrutierte dümmlich-kommerzielle "RTL-Toggo-Tour" ist wohl endgültig des Platzes verwiesen. Im "Hexendorf" haust zwar auch eine kommerziell arbeitende Truppe, aber das ist bunt, handgemacht, kreativ und vielseitig und zudem von lokalen Beiträgen wie z.B. Darbietungen der hiesigen Bauchtanzschule durchdrungen. Einziger Flop: Die Musiker von "Osiris Taurus" trafen am Samstagabend weder einen Ton noch den Geschmack des Publikums, so dass zuerst letzteres und dann, auf Geheiß des Veranstalters, auch die Band das Gelände verließ.

Ein buntes Mitmach- statt Berieselungsprogramm für Kinder stellten das Pumpwerk-Kinder - Aktionsteam "Die Geccos", der "Circus Radieschen" aus Oldenburg und die Jugendpflege der Stadt Wilhelmshaven auf die

Beine. Noch mehr Bewegung verschaffte das vom SOS Kinderdorf Wilhelmshaven ausgerichtete Fußballturnier. Neben tollen sportlichen Leistungen zeigten und übten die jungen Kicker vor allem Fairness. Auch Mädchen waren mit von der Partie, und nicht nur eine Klasse Torfrau bewies, dass alle davon profitieren.

Marine

Das Angebot der blauen Jungs und Mädels auf dem Arsenal, ergänzt durch Polizei und lokale Vereine, wird von Jahr zu Jahr umfangreicher und spricht weiterhin vor allem Familien mit Kindern an. Über den mehr als fragwürdigen pädagogischen Wert der Präsentation Tod bringender Waffen, an denen die Kurzen auch herumspielen dürfen, haben wir uns in der Vergangenheit mehrfach ausgelassen. Es bleibt Sache der Eltern, die entsprechenden Hallen zu meiden und auf gewaltfreie, kreativ und liebevoll gestaltete Alternativen auszuweichen, wie z. B. den Geschicklichkeitsparcours mit Schiffchenrennen, Ball-Zielwerfen und anderen Übungen. Nebenan durfte man Marinetaucher mit "Wasserbomben" ins trübe Nass des Arsenalhafens schicken. Kult-



status besitzen die Aufführungen der Verkehrs-Puppenspielerbühnen aus ganz Deutschland.

Familienfreundlich sind trotz leichter Anhebungen auch die Preise für Speisen und Getränke und das Platzangebot. Im Unterschied zum Gedränge rund um den Großen Hafen kommt man hier mit den Kleinsten im Kinderwagen oder an der Hand entspannt voran. Und wenn man dann einen vielfältigen und preisgünstigen Nachmittag bei der Marine verbracht hat, ist die Aufnahmekapazität eigentlich erschöpft. Soll heißen: Das Programm der Marine ist mittlerweile so zu einer eigenständigen Großveranstaltung geworden, dass sie möglicherweise dem Zentrum des Geschehens an Bontekai und Südstrand das Wasser abgräbt. Die dortigen Gastronomen könnten ins Grübeln kommen, welche Verluste ihnen die aus öffentlichen Mitteln gestützte Konkurrenz am Arsenal beschert und was nötig ist, damit sie ihre Standgebühren wieder einfahren.

Krönender Abschluss

Wie immer hatte das zum WadJ gewohnte eher feucht-kühle Wetter am Sonntagabend ein Einsehen und ließ das Höhenfeuerwerk in einen ungetrübten Himmel steigen. Sternbomben in rot, weiß und blau ließen noch einmal das Motto "Frankreich zu Gast" aufblitzen, ehe es richtig zur Sache ging. "Da geht mein Taschengeld für die nächsten 50 Jahre in Rauch auf" bemerkte trocken ein Teenager – was ihre Begeisterung für dieses immer wieder neu und spannend choreografierte Abschlusspektakel nicht wirklich trübte. Die Feuerwerksknete alternativ mal karitativen Zwecken zukommen zu lassen, stand leider noch nie öffentlich zur Debatte – aber wenn schon verballern, dann professionell. Und das kriegen sie jedes Jahr wieder hin.

Imke Zwoch